

GdP Bremen zu der Entwicklung politisch motivierter Kriminalität

– Die Sicherheitslage muss konsequent verbessert werden –

Am 6. Mai 2025 hat die niedersächsische Innenministerin Daniela Behrens die Zahlen politisch motivierter Straftaten veröffentlicht. Die Polizeiliche Kriminalstatistik zeigt, dass die Zahlen in Niedersachsen gegenüber dem Vorjahr stark angestiegen sind. In den letzten zehn Jahren haben sich die Zahlen von 3.399 auf 7.633 Straftaten mehr als verdoppelt.



Die Zahlen in Bremen wurden leider noch nicht veröffentlicht. Bei der letzten Innendeputationsitzung am 24. April 2025 wurde der Tagesordnungspunkt kurzfristig heruntergenommen und soll spätestens am 5. Juni 2025 auf der nächsten Sitzung der Deputation für Inneres vorgestellt werden. Die Gründe, warum der Tagesordnungspunkt heruntergenommen worden ist, sind uns nicht bekannt. Wir vermuten, dass die Zahlen in Bremen analog zu Niedersachsen ebenso stark angestiegen sind. Die personelle Situation bei der Kriminalpolizei Bremen ist sehr ernst und raubt den Kolleginnen und Kollegen der Kripo und dem Verfassungsschutz in Bremen den letzten Atem.

Die Arbeitsbelastung für die Ermittler:innen der Kriminalpolizei in unseren Städten Bremen und Bremerhaven ist nachweislich gewaltig. Knappe Personalressourcen bei wachsender Kriminalität, eine sehr lang-

sam anlaufende Digitalisierung und die zwingend erforderlichen Befugnisse für die Ermittlungsarbeit machen den dringenden Handlungsbedarf bei der Polizei deutlich.

Aufgrund der weltweiten Krisen, die sich immer weiter zuspitzen, darf nicht unerwähnt bleiben, welche Arbeitsbelastung durch den steigenden Terrorismus, Links- und Rechtsextremismus auf den Sicherheitsbehörden lastet. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) Bremen fordert daher unverzüglich Verbesserungen. Aus Sicht der GdP Bremen kann dies neben der schnellen Einstellung von Expertinnen und Experten mit speziellen Fähigkeiten der direkte Einstieg in die Kriminalpolizei nach erfolgreichem Abschluss der Polizeiausbildung sein. Ebenso bedarf es einer Erweiterung von Befugnissen für Sicherheit im virtuellen Raum und weniger Datenschutzhemmnisse, schnellerer An-

klagen durch effektive priorisierte Ermittlungsarbeit und des Einsatzes von KI in Sicherheitsbehörden.

Die polizeiliche Bekämpfung der erstarkenden Terrorismus- und Extremismusformen im Land Bremen darf nicht durch zu wenig Personal oder veraltete Technik erschwert werden. Zum Schutz der Gesellschaft müssen Terrorismus und Extremismus konsequent und schnell bekämpft werden können. Es ist an der Zeit, jetzt zu handeln. Die Politik muss dafür sorgen, dass das subjektive Sicherheitsgefühl der Menschen und die objektive Sicherheit verbessert werden.

Sobald die Zahlen für Bremen und Bremerhaven veröffentlicht worden sind, werden wir nachberichten. Wir bleiben am Ball und werden weiter konsequent nachhaken.

Euer GdP-Landesvorstand

DP – Deutsche Polizei
Bremen

Geschäftsstelle
Bgm.-Smidt-Straße 78, 28195 Bremen
Telefon (0421) 949585-0
Telefax (0421) 949585-9
www.gdp.de/bremen, bremen@gdp.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke

Redaktion
Rüdiger Kloß (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Bgm.-Smidt-Straße 78,
28195 Bremen



Fachgruppentagung der Zentralen Dienste in Tossens vom 28. bis 30. April 2025

Bei strahlendem Sonnenschein hieß es Ende April wieder: Bildungszeit in Tossens! Als Headliner diesmal mit dabei Senihad Sator und Kevin Lenkeit von der SPD-Bürgerschaftsfraktion in Bremen zu den Themen Digitalisierung und Finanzierung der Polizei Bremen.

Der Teilnehmerkreis war, wie schon im Herbst 2024, offengehalten und eine Mischung verschiedener Fachgruppen, was sich als gutes Konzept aufgrund der Querschnittsthematik herauskristallisiert hat.

Nach einer kurzen Begrüßung durch unseren Teamer und Lehrgangsleitung Peter Borrmann und die Fachgruppenvorsitzende Christin Loroff gab es an Tag 1 eine kurze Vorstellungsrunde, bevor wir in die inhaltliche Arbeit einstiegen.

Sven Runge gab einen aktuellen Sachstand zur New-Work-Umfrage, die bis Ende Januar '25 an unsere Mitglieder verschickt wurde.

Für die Auswertung dieser in den Einzelabfragen und für die Vorbereitung für Workshops sind noch interessierte Helfende gesucht, um die Ergebnisse in Kürze präsentieren zu können.

Der Nachmittag stand im Fokus der Themenfindung und Fragestellungen zu Digitalisierung und Haushalt, um am Dienstag vorbereitet und on point die Gäste begrüßen zu können.

Während die letzten Folien für die Präsentation von einer Kleingruppe vorbereitet wurden, besorgte die andere Gruppe Fahrräder, um im Anschluss nach Fedderwardersiel zu radeln.

Traditionell endete der erste Tag mit langen (Arbeits-)Gesprächen an der Bar bei Helga, die tatsächlich extra für uns als Fachgruppe für den Dienst eingeteilt wurde.

Auch der zweite Tag begrüßte uns mit herrlich warmem Sonnenschein, sodass die Arbeit leicht von der Hand ging.

Pünktlich durften wir unsere Gäste der Politik begrüßen und nahmen sie mit unseren vorbereiteten Folien auf eine kleine visuali-

sierte Reise in die Mangelverwaltung bei der Polizei.

Während Senihad Sator aktuell Sprecher für Rechnungsprüfung und Controlling der SPD-Fraktion ist, hat Kevin Lenkeit die Funktion Sprecher für Inneres. Seiner Meinung nach „haben wir kein Einnahmeproblem, sondern ein Ausgabeproblem“ in finanzieller Hinsicht. Senihad Sator hat bereits Anfragen in die einzelnen Ressorts gestellt, wie hoch Rückstellungen für die Sanierung unserer Immobilien sein müssen, um den Sanierungsstau auflösen zu können. Er ist überzeugt, dass die aktuell vereinbarten Bundesmittel förderlich sind, um darüber Gelder abzurufen, damit unsere Liegenschaften saniert und modernisiert werden können.

Immer wieder konnten wir beobachten, wie sich unsere Gäste Notizen machten, sie hörten genau hin. Auch zeigte sich, dass die beiden vorbereitet waren, dennoch waren sie in manchen Momenten überrascht, mit welchen Hindernissen wir in einigen Bereichen zu kämpfen haben. Sei es der oft geführte Kampf mit:

- dem Gesetz zur digitalen Souveränität, bei dem ALLE IT-Beschaffungen grds. über Dataport erfolgen müssen, die häufig aber viel zu teuer eingekauft werden. Insbesondere bei speziellen ITK-Produkten besitzt Dataport aber keine Expertise, um nach alternativen Waren- und Vergleichsangeboten zu suchen, was häufig zu teuer eingekauften Produkten führt. Das Gesetz funktioniert nur bei Standard-IT-Produkten, nicht aber für die häufig bei der Polizei Bremen eingesetzten IT-Sondertechnik! So konnten wir von Herrn Sator und Herrn Lenkeit vernehmen, dass man sich einer gewissen Flexibilität in der IT-Beschaffung und einer möglichen Änderung dieses Gesetzes nochmals annehmen will.



Unsere Gäste der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Kevin Lenkeit (2 v. l.) und Senihad Sator (3 v. l.)

- unserem überalterten Fuhrpark, der zu oft unwirtschaftliche, überteuerte Reparaturen erfordert, wenn kein Geld für Investitionen in eine neue Fahrzeugflotte zur Verfügung steht – fast könnte man meinen, dass unsere Zivilfahrzeuge eigentlich mit einem H-Kennzeichen ausgestattet werden können, das Alter dafür haben einige von ihnen definitiv erreicht!
- So stellt sich dann die Frage, wie ohne eine eigene Werkstatt der Fuhrpark noch aufrechterhalten werden kann oder muss die Flotte doch einfach verjüngt werden, damit die Fahrzeuge weniger in der Werkstatt stehen als auf der Straße zu fahren?
- den nicht vorhandenen EC-Kartenlesegeräten, deren Fehlen bedeutet, dass die Kollegen mit Quittungsblock und Bargeld unterwegs sind – in Zeiten, in denen falsche Polizisten der älteren Bevölkerung das Leben erschweren kann es schwierig sein, der Bevölkerung glaubhaft zu machen, dass wir als Polizei nicht in der Lage sind, solch ein elektronisches Standardgerät zur Zahlungsabwicklung anzubieten. Ja, auch wenn die Landeshauptkasse die Zahlungen nicht zuordnen kann, ist das dem Bürger kaum zu erklären.

Im Tagungsraum



Hierbei waren sich die Gäste und die Gewerkschafter einig und Kevin Lenkeit betonte, dass das Verwaltungsvergessen klar auf der Hand liege. Auch stellte er infrage, ob das EC-Kartengerät noch Mittel der Wahl sei, zahlen wir doch heute mit Handy oder Uhr ...

Weit unangenehmer sowohl für Betroffene als auch für Beteiligte im Personalbereich und im Personalrat sind die nicht vorhandenen Mittel, um die Bedarfe der mobilen Arbeit/Homeoffice in der Polizei Bremen abzudecken.

So haben mindestens 250 + x Beschäftigte Bedarf an mobiler Arbeit bzw. Homeoffice angemeldet für gerade mal knapp 100 freie Plätze bzw. Lizenzen. Sie mussten sich einem äußerst unangenehmen Verfahren stellen und offenlegen, wie viele Kinder in welchem Alter und möglicherweise welche Krankheiten man hat, um überhaupt in die engere Auswahl für einen Homeoffice-Arbeitsplatz zu kommen.

Eindrucksvoll wurde ein Zitat einer betroffenen Kollegin verlesen, die aufgrund der Auswahlkriterien keine Homeoffice-Ausstattung zugesprochen bekam. Dass die Dienstvereinbarung zum ortsflexiblen Arbeiten auch für die Polizei Bremen gültig ist und sein muss, wurde von Herrn Sator klar herausgestellt. Als zukunftsorientierter Arbeitgeber, der im Vergleich zu Niedersachsen mithalten muss, ist es essenziell, den Kollegen ortsflexibles Arbeiten und Homeoffice zu ermöglichen. Sehr schnell werden potenzielle Bewerbende herausfinden, dass es in Niedersachsen für jeden Polizeibeamten möglich ist, standardmäßig Homeoffice zu machen, erhält dort doch jeder Kollege mit Studienbeginn einen Laptop. Wollen wir nicht, dass Kollegen abwandern bzw. kündigen oder gar nicht erst bei uns anfangen, dann müssen wir unverzüglich Gelder investieren, um eine IT-Infrastruktur aufzubauen, die allen Bedarfsträgern das mobile Arbeiten und Homeoffice in der Polizei Bremen ermöglicht!

Gleichgelagert sind die fehlenden 370 Smartphones in der Fläche für die operativen Kräfte der Direktion Einsatz, um auf der Straße digitaler arbeiten zu können. Durch die Anschubfinanzierungen der letzten Jahre sind allein im Jahr 2025 ca. 720 Smartphones End of Life (EoL), also am Ende ihres Lebenszyklus. Diese müssen zwingend, aufgrund fehlender Versorgung mit Sicherheitsupdates, ausgetauscht werden. Die dafür benötigten

Finanzmittel reichen allerdings nicht aus, um die Smartphones EoL austauschen zu können. Umso weniger ist daran zu denken, einen weiteren Aufwuchs stattfinden zu lassen. Daher ist es zukünftig unbedingt erforderlich, eine Harmonisierung der IT-Finanzmittel vorzunehmen, um eben einen regelmäßigen Austauschzyklus alle fünf bis sechs Jahre gewährleisten zu können. Erst dann wären wir ohne Sorge, ständig die jährlich anfallenden Finanzmittel anfragen zu müssen! Eine einmalige Anschubfinanzierung der Politik, ohne den Gedanken an Folgekosten (Austauschzyklen, Betriebs-, Lizenz- und Personalkosten), ist grob fahrlässig.

Nicht nur Handys und Laptops tragen zur Digitalisierung im Straßenverkehr bei. Auch die Funkstreifenwagen könnten, mit entsprechender Software und Hardware nachgerüstet, in der Lage sein, ihren Einsatzort bereits bei der Einsatzvergabe durch die Leitstelle direkt auf das Navigationsgerät zu erhalten. Dies würde eine erhebliche Zeitersparnis ermöglichen, um unbekannte Einsatzorte schnell zu erreichen. Ein Blick in andere Bundesländer zeigt, wie man effektive Lösungen entwickeln kann, was jedoch auch hier finanzielle Mittel erfordert. Denn die Erfahrungen haben gezeigt, dass die zunächst günstigste Lösung nicht immer geeignet scheint, gerade dann, wenn Bremen spezielle Anforderungen hat und als Abnehmer im Vergleich zu anderen zu klein ist, um individuelle Lösungen ab Werk einzufordern.

Digitaler könnte es nicht nur auf der Straße bei der Polizei werden, auch im Bereich der digitalen Fahrerlaubnisakte erwartet man sich seitens der Führerscheinstelle in der Verwaltungspolizei Fortschritte, um den Bürgern mehr und modernen Service anbieten zu können. Insofern darf die Frage gestellt werden, wann mit einer Digitalisierungsinitiative im Führerscheinsbereich zu rechnen ist.

Den ersten Aufschlag macht zum 1. Januar 2026 die digitale Strafakte, ein weiterer Schritt, der uns hoffnungsvoll stimmt.

Ein Blick in die Videoüberwachungstechnik für Großveranstaltungen und Volksfes-

te zeigt uns, wie schwierig der Prozess der Ausschreibungen ist und dass Änderungen nötig sind, um ressourcenschonend Beschaffungen vornehmen zu können, was bei europaweiten Ausschreibungen einfach nicht mehr möglich und zielführend ist. Für eine EU-weite Ausschreibung bedarf es im Vorfeld einer konkreten Finanzmittelszusage im hohen sechsstelligen Bereich, welche sich aber schwierig gestalten könnte bei der aktuellen Haushaltslage und dem Suchen eines verantwortlichen Kostenträgers.

Schwenken wir in das Stellennachbesetzungsverfahren im Tarifbereich, so ist es konträr, dass frei gewordene und finanzierte Stellen im Tarifbereich nur noch nachbesetzt werden sollen, wenn im Vorfeld eine Priorität eingereicht worden ist und diese per Einzelfallprüfung bestätigt wird. Bei Kündigungen oder Elternzeit wird damit de facto nicht mehr standardmäßig eine Ausschreibung durchgeführt. Verschiedene Sachgebiete sind bereits von dieser Maßnahme betroffen oder bedroht – sodass sich die angespannte Personalsituation auf dem Rücken der verbliebenen Kollegen weiter anspannt. Eine Entlastung der Kollegen durch weitere technische Hilfsmittel ist aufgrund der angespannten Haushaltslage nicht möglich.

Obwohl das Thema Arbeitsschutz nicht im Vordergrund stand, richteten wir dennoch unseren Blick auf die Ergonomie am Arbeitsplatz. So kann ein ergonomisch eingerichteter Arbeitsplatz mit elektrisch höhenverstellbaren Tischen präventiv wirken, die Gesundheit im Skelettbereich positiv unterstützen – sollte man nicht mit diesem niedrigschwelligen Angebot das Humankapital pflegen und mit dieser Maßnahme dafür sorgen, dass Krankheitstage auch damit reduziert werden? Selbst bei Neubezug von Liegeflächen sind nach wie vor nicht alle Arbeitsplätze mit elektrisch höhenverstellbaren Tischen ausgestattet! Auf Kosten der Gesundheit wird gespart, um nun ja, andere Ausstattung für Kollegen, die ebenso wichtig sind, zur Verfügung zu stellen. So ist es erfreulich, dass wir im Oktober und April viele neue Kollegen begrüßen dürfen, allerdings ist es be-



Radtour nach Fedderwardsiel

denklich, wie die Kollegen eingekleidet, mit Schutzausstattung versorgt werden sollen und ob ausreichend Fahrzeuge für diese zur Verfügung stehen. Ein Aufwuchs an Personal erfordert auch, dass die dahinterliegende Infrastruktur für Einsatzmittel, Liegenschaften, Fahrzeuge und IT-Infrastruktur etc. mitwächst!

Ein Mitwachsen an Liegenschaften bedeutet auch, dass Kollegen nicht in zu enge Büros gequetscht werden, dass ihnen Gebäude zur Verfügung gestellt werden, an denen nicht der Putz von den Wänden fällt, der Schimmel und fiesestes Gerüche aus und in den sanitären Anlagen entgegenkommen und auch, dass vierbeinige Untermieter mit langen Schwänzen nicht die Umkleiden und Flure dominieren und bereits Namen haben. Gleichfalls bedeutet es, dass Barrierefreiheit auch an Polizeidienststellen Standard sein muss und bislang nur eine sehr überschaubare Anzahl an Dienststellen entsprechend ohne Hindernisse erreichbar ist.

Bei all den Hindernissen im wahrsten Sinne: Lasst es uns anpacken – Schritt für Schritt, und die vier absolut unterfinanzierten Säulen nicht so hinnehmen! Ziehen wir daraus unsere Arbeitsaufträge für die kommenden Jahre.

Ein Dank an dieser Stelle an Senihad Sator und Kevin Lenkeit, dass sie sich die Zeit genommen haben, mit uns in den direkten Austausch zu gehen. Klar ist auch, dass es für vieles keine Sofortlösungen gibt. Wichtig jedoch, dass wir gemeinsam Perspektiven und Lösungen entwickeln und im direkten Gespräch bleiben.

Daher laden wir gern wieder ein, um nachzufragen, ob es neue Sachstände und Lösungen zu unseren Problemen gibt. Wir bleiben dran!

Mit dieser Zusammenfassung von Tag zwei begrüßten wir am letzten Tag unseren Landesvorsitzenden Nils Winter, der in unsere Feedbackrunde trat und gern dieses Blitzlicht für sich mitnahm, um einen Eindruck unserer Arbeit zu bekommen.

Neben dem gewerkschaftlichen Situationsbericht gab Nils uns die wichtigsten Termine bekannt – Save the date:

- **Sommerfest der GdP am 15. August 2025**
- **VL-Konferenz am 19. September 2025**
- **Landesdelegiertentag am 16. und 17. April 2026**

Für die Fachgruppe Zentrale Dienste
Christin – Chrissi – Loroff

Von Verhandlungen bis zur Schlichtung – die Tarifrunden TVöD Bund und VKA 2025

Die Tarifverhandlungen gestalteten sich zunehmend schwierig und werden in Zukunft aufgrund der Entwicklungen in Politik und Wirtschaft bestimmt nicht einfacher.

Doch blicken wir zurück auf die diesjährigen Tarifrunden zum TVöD Bund und VKA. Unsere Infomails zu den Tarifrunden lasse ich nicht unkommentiert, so auch die Info aus Berlin mit dem Ergebnis.

Wenn wir die intensiven und herausfordernden Verhandlungen zur Bewertung der Ergebnisse dieser Tarifrunden betrachten, können wir von einem Kompromiss sprechen. In den Bundestarifkommissionen der Gewerkschaften war es für uns alles andere als einfach, zu einer gemeinsamen Entscheidung zu gelangen. Immer wieder wurden Argumente für und gegen verschiedene Punkte vorgebracht, diskutiert, debattiert, gerechnet und die Konsequenzen abgewogen, während wir an den letzten Forderungen feilten. Am

Ende steht ein Kompromiss, ob er vertretbar ist, werden wir sehen.

Die Arbeitgeberseite war nicht bereit, Zugeständnisse zu machen. Sie argumentierten, dass wir die schwierige Haushaltslage als enges Korsett für den Abschluss akzeptieren sollten und dass drei zusätzliche freie Tage zu einer weiteren Arbeitsverdichtung führen würden. Aus Sicht der Gewerkschaften sendet dies das falsche Signal, wenn wir den öffentlichen Dienst für den Arbeitsmarkt attraktiver gestalten möchten.

In den sozialen Medien war die Enttäuschung groß und einige sahen den Austritt aus der Gewerkschaft als „Lösung“. Enttäuschung? Ja, das ist nachvollziehbar! Aber ein Austritt? NEIN, ganz im Gegenteil!



Mit dem GdP-Mobil für unsere Kolleginnen und Kollegen im Einsatz!

Die Arbeitgeber sind nahezu zu 100 Prozent organisiert und gehören den jeweiligen Arbeitgeberverbänden an. Sie haben erkannt, dass gemeinsame Interessen besser gemeinsam vertreten werden können. Bei den Arbeitnehmern sieht es in Bezug auf die Mitgliedschaft in Gewerkschaften leider viel schlechter aus und das sollte sich dringend ändern.

Denn:
Keine Gewerkschaft ist keine Lösung!



Versammlungsteilnehmer



Brigitte Weinhold

Wenn ihr bessere Ergebnisse und Arbeitsbedingungen in den Verhandlungen mit den Arbeitgebern erzielen wollt, benötigen wir die Unterstützung vieler Mitglieder. Eine hohe Mitgliederzahl stärkt unsere Verhandlungsposition. Auch hohe Teilnehmerzahlen bei den Warnstreiks werden wahrgenommen und sind entscheidend für einen erfolgreichen Tarifaabschluss.

An dieser Stelle möchten wir uns nochmals herzlich bei allen bedanken, die uns durch ihre Teilnahme an den Warnstreiks unterstützt haben!

Tarifeinigung im Einzelnen:

- ab 1. April 2025 Entgelterhöhung um 3,0 Prozent, mindestens 110 Euro
- und ab 1. Mai 2026 um weitere 2,8 Prozent
- ab 1. April 2025 Entgelterhöhung für Auszubildende, Praktikantinnen und Praktikanten sowie dual Studierende um 75 Euro
- und am 1. Mai 2026 um weitere 75 Euro
- Die Wechselschichtzulage wird von 105 Euro auf 200 Euro erhöht.
- Die Schichtzulage wird von 40 Euro auf 100 Euro erhöht.
- Regelungen zur flexibleren Arbeitszeit, z. B. wird ab 2026 die Möglichkeit geschaffen, die Arbeitszeit beiderseits freiwillig auf 42 Stunden zu erhöhen
- Die Jahressonderzahlung wird ab dem Jahr 2026 bei der VKA einheitlich auf 85 Prozent und beim Bund gestaffelt nach Entgeltgruppen erhöht.
- Es besteht dann die Wahlmöglichkeit, bis zu drei Tage in freie Zeit umzuwandeln, was dann mit der Jahressonderzahlung verrechnet wird.
- Ab 2027 wird ein weiterer freier Tag als Urlaubstag eingeführt, auch für die Auszubildenden, Praktikantinnen und Praktikanten sowie die dual Studierenden.
- Die Laufzeit beträgt 27 Monate und endet demnach am 31. März 2027. Die Tarifeinigung steht unter dem Vorbehalt des Widerrufs innerhalb der Erklärungsfrist, die mit Ablauf des 14. Mai 2025 endet.

Brigitte Weinhold

Einladung zum Vortrag von Frau Rechtsanwältin Drews am 24. Juni 2025 „Schenkungen zu Lebzeiten/Vorweggenommene Erbfolge“

- Wann:** Dienstag, den 24. Juni 2025, Beginn 15 Uhr
Wo: GdP-Geschäftsstelle, Bgm.-Smidt-Str. 78, 28195 Bremen
Zielgruppe: Alle Mitglieder der GdP Bremen, mit eingeladen ist auch eure Partnerin/euer Partner!
Anmeldung: Da wir nur über eine begrenzte Anzahl von Sitzplätzen verfügen, ist eine vorherige Anmeldung zwingend erforderlich. Telefonisch: (0421) 949585-0 oder per Mail: bremen@gdp.de

Dies ist bereits die dritte Veranstaltung in diesem Jahr, die wir mit Frau Rechtsanwältin Claudia Drews aus der Kanzlei Trentmann, Bremen, anbieten. Wir setzen diese Vortragsreihe auf ausdrücklichen Wunsch unserer Mitglieder gerne fort.

Bei einer Schenkung zu Lebzeiten wird ein Teil des Vermögens durch den Schenker an den Beschenkten übertragen. Das unterscheidet sie von der Erbschaft, bei der die Vermögensübertragung nach dem Tod des Erblassers stattfindet. Grund für eine Schenkung können steuerrechtliche Überlegungen und die Nutzung von Freibeträgen sein. Oder man möchte einem Kind

eine Schenkung zukommen lassen, weil dieses die Eltern besonders unterstützt hat. Der Schenker hat auch die Möglichkeit, die Schenkung mit Auflagen zu versehen und sich damit selbst abzusichern.

Diese und noch weitere Aspekte wird Frau Rechtsanwältin Drews im Rahmen Ihres Vortrags am 24. Juni 2025 ansprechen. Alle Mitglieder sind herzlich eingeladen!

Rechtsanwältin Claudia Drews, LL. M. Eur. ist seit dem Jahr 2015 Partnerin der auf Wirtschafts- und Immobilienrecht ausgerichteten Kanzlei Trentmann, Partnerschaftsgesellschaft mbB, Rechtsanwälte und Notare in Bremen (www.trentmann.info).



Seit vielen Jahren berät und vertritt sie private wie gewerbliche Mandanten in allen Bereichen des Erbrechts und der Unternehmensnachfolge. ■



Bilder vom ...



Sammelort



Nils Winter, Harry Kuck und Heinfried Keithahn

Foto: GdP Bremen (3)

1. Mai 2025: Tag der Arbeit in Bremen

Am 1. Mai 2025, um 10:45 Uhr hat sich eine kleine Abordnung der Gewerkschaft der Polizei Bremen mit den anderen Mitgliedsgewerkschaften des DGB am Weserstadion getroffen. Um 11 Uhr haben sich die Gewerkschaftsmitglieder dann auf den Weg vom Weserstadion zum Domshof gemacht. Das DGB-Motto des diesjährigen Feiertags zum Tag der Arbeit: „Mach dich stark mit uns.“

Nils Winter

Bei bestem Wetter und annähernd 30 Grad Celsius haben sich etwa 4.000 Menschen aus den Mitgliedsgewerkschaften des DGB am Demonstrationszug und der anschließenden Kundgebung auf dem Domshof beteiligt.

Gemeinsam mit der EVG hatten wir einen Pavillon auf dem Domshof und konnten damit

für etwas Schatten sorgen. Außerdem haben wir an unserem Stand an der Kinder-Rallye teilgenommen und sind mit interessierten Besuchern zu unseren gewerkschaftlichen Themen ins Gespräch gekommen.

Hier ein großer Dank an die EVG-Jugend, die tatkräftig den Auf- und Abbau des Pa-



GdPler und Lars Hartwig (links) vom GPR

villons organisiert hat. Gemeinsam mit der EVG hat alles bestens funktioniert. Vielen Dank für die großartige Zusammenarbeit. ■

Fachgruppe Verwaltungspolizei mit zwei neuen Mitgliedern im Vorstand

Auf der letzten Vorstandssitzung hat die Fachgruppe Verwaltungspolizei zwei weitere Kolleginnen in den Vorstand aufgenommen. Petra Weise und Christin Kock werden den Vorstand ab sofort tatkräftig unterstützen.

Mit Petra Weise und Christin Kock ist nun auch wieder das Migrationsamt im Vorstand der Fachgruppe Verwaltungspolizei vertreten. Petra ist sowohl die Personalratsvorsitzende als auch Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte im Migrationsamt. Christin gehört ebenfalls dem Personalrat beim Migrationsamt an. Beide sind bereits seit langen Jahren im Migrationsamt tätig und Mitglieder in der GdP.

„Wir freuen uns sehr, dass nun auch das Migrationsamt wieder im Vorstand vertreten ist. Dass wir mit Petra und Christin gleich zwei engagierte Mitglieder für die Vorstandsarbeit gewinnen konnten, ist natürlich super“, so der Fachgruppenvorsitzende Denis Geger und ergänzt: „Wir haben natürlich immer für all unsere Mitglieder ein offenes Ohr. Durch Petra und Christin haben wir nun aber wieder einen direkteren Draht in

das Migrationsamt und können viel schneller auf die Bedürfnisse und Probleme unserer Mitglieder reagieren.“

Denis Geger



Fachgruppenvorsitzender Denis Geger (Mitte) freut sich, mit Christin Kock (links) und Petra Weise (rechts) zwei Mitglieder aus dem Migrationsamt als neue Beisitzer im Vorstand zu begrüßen.

Foto: GdP Bremen



Redaktionsschluss

Redaktionsschluss für die Juli-Ausgabe 2025,
Landesjournal Bremen, ist der 27. Mai 2025.

Artikel bitte mailen an: klossi@onlinehome.de



Was macht die Rechtsschutzkommission der GdP?

Wer schon einmal einen Rechtsschutzfall hatte, weiß wahrscheinlich, dass es eine Rechtsschutzkommission gibt. Was ist ihre Aufgabe? Sie entscheidet über die Rechtsschutzgewährung, wenn ein Mitglied einen Rechtsschutzantrag stellt oder ein Rechtsanwalt/eine Rechtsanwältin wegen Kostendeckung für ein Mitglied nachfragt.

Dr. Claudia Albrecht-Sautter

Gewerkschaftssekretärin

Die Kommission hat zehn ehrenamtliche Mitglieder, die aus verschiedenen Fachgruppen bzw. der Kreisgruppe entsendet wurden. Sie tagt etwa alle drei Wochen und prüft in jedem Fall, ob die Voraussetzungen für die Rechtsschutzgewährung nach der Rechtsschutzordnung der GdP vorliegen.

Ein wichtiges Kriterium ist hierbei, dass ein dienstlicher Zusammenhang vorhanden sein muss. Fehlt es daran, ist das ein Fall für die private Rechtsschutzversicherung. Aufgabe der Kommission ist auch zu prüfen, ob das angestrebte Verfahren hinreichende Aussicht auf Erfolg verspricht. Denn für Verfahren, bei denen es an der hinreichenden Aussicht auf Erfolg fehlt, sollen keine Mitgliedsbeiträge aufgewendet werden.

Grundsätzlich muss Rechtsschutz beantragt werden, bevor ein Rechtsanwalt/eine Rechtsanwältin beauftragt wird. Wird Rechtsschutz für ein rechtliches Vorgehen gewährt, bedeutet dies, dass sowohl Anwalts- als auch Gerichtskosten von der GdP getragen werden.

Immer wieder haben wir auch die Situation, dass Nichtmitglieder nachfragen, ob sie Rechtsschutz für ein Verfahren erhalten, wenn sie jetzt in die GdP eintreten. Die Antwort ist: NEIN. Für vor Beginn der Mitgliedschaft liegende Ursachen, die Anlass zu Rechtsschutzanträgen geben, kann grundsätzlich keine Rechtsschutzgewährung erfolgen. Ein Appell an alle Nichtmitglieder: Werdet GdP-Mitglied, damit ihr bei Bedarf den Rechtsschutz der GdP in Anspruch nehmen könnt!

Für Fragen zur Rechtberatung oder zum Rechtsschutz stehe ich gerne zur Verfügung.
Mail: claudia.albrecht-sautter@gdp.de
Telefon: (0421) 949585-2 ■

POLIZEI
DEIN PARTNER
Gewerkschaft der Polizei

15. August 2025
ab 18.00 Uhr

Waldbühne im
Bremer Bürgerpark

GdP-Sommerparty



Getränkepauschale
bis 24 Uhr

Grill-Buffer

Die Rock-Coverband
Stone Washed
bringt die Bühne zum Beben

Eintrittspreis 38,00 €
(Getränkepauschale bis 24 Uhr
und Grill-Buffer inklusive)

Kartenvorverkauf:
unter 0421 949585-0
Bremen@gdp.de

Veranstalter:
GdP-Service-GmbH
Bremen

Kartenvorverkauf ab 2. Juni 2025 in der GdP-Geschäftsstelle, Bgm-Smidt-Str. 78, 28195 Bremen.
Der Eintritt für Nicht-Mitglieder beträgt 70,00 €.



Frauen in Führung in der Polizei

Am 29. und 30. April fand diese Fachtagung der Bundesfrauengruppe in Berlin statt. Eingeladen waren Kolleginnen aus dem gesamten Bundesgebiet. Gestartet wurde mit Statements von Dr. Daniela Lesmeister, Staatssekretärin im Innenministerium von NRW, und Dr. Slowik Meisel, der Polizeipräsidentin in Berlin, die verdeutlichten, wie wichtig kooperative Führung ist.

Es folgten Impulsvorträge von Christiane Schilf, Leiterin der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege des Landes Mecklenburg-Vorpommern, und Gwendolin von Osten, Polizeipräsidentin der Polizeidirektion Hannover.

Erstaunt waren wir Bremerinnen (Nina Schmidt und ich), **wie selbstverständlich Frauenförderung funktionieren kann. Programme wie Mentoring, Homeoffice, Teilzeit in allen Führungsfunktionen sind obligatorisch.**

Erkennen mussten wir leider auch, dass fast alle Bundesländer exzellente Frauenprogramme haben.

Alles getoppt hat die Polizeipräsidentin von Hannover mit dem preisgekrönten Führungsentwicklungsprogramm HORIZONTE, dass sie zusammen mit **Marion Dix**, Leiterin des Programms HORIZONTE, und Vertretern/Vertreterinnen der Wirtschaft entwickelt hat.

Das bedeutet nicht nur Chancengleichheit, sondern auch Werbung pur für die Polizei sowohl im Vollzugs- als auch im Tarifbereich.

Natürlich haben wir uns sofort mit Marion Dix in Verbindung gesetzt, um von ihr mehr Infos über das Projekt zu erhalten.

Die anschließenden Workshops spiegeln klar wider, dass wir Frauen teamorientiert mit Kollegen und Kolleginnen arbeiten wollen. Wir wollen dazu beitragen, die Akzeptanz, Toleranz und Effizienz zu erhöhen. Alle Anwesenden haben jedoch auch erkannt, dass es ohne Quotenregelung nicht geht, denn Gemeinsamkeit garantiert Erfolg.

Fazit:
Quotenregelung ist ein wichtiger Bestandteil der Frauenförderung !!!

Siggi Holschen



Entdecke unsere attraktiven Reiseangebote bei deiner GdP-Service GmbH!

Wähle einfach deine Traumreise oder von einem beliebigen Veranstalter und buche bequem über die GdP-Service GmbH Bremen.

Profitiere von exklusiven Vergünstigungen, die auch für deine Familie, Freunde und Bekannte gelten – sie können ebenfalls über ein aktives Mitglied buchen.

Bei Buchung und Fragen melde dich gerne in der Geschäftsstelle bei Sonja Jambroszyk unter Tel.: 0421 94 95 853 oder per E-Mail unter sonja.jambroszyk@gdp.de.

Lass uns gemeinsam unvergessliche Reiseerlebnisse schaffen!

